

# Beschluss des Koordinierungsausschusses (KOA) des BBE zur Konferenz zur Zukunft Europas

**Juli 2022**

Der Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sieht sich in seiner Einschätzung zur Konferenz zur Zukunft Europas vom März 2020 bestätigt, »dass engagierte Vereine und die organisierte Zivilgesellschaft als demokratieerfahrenere Organisationen eine zu geringe Berücksichtigung fanden« (Beschluss des Koordinierungsausschusses (KOA) des BBE zur Konferenz zur Zukunft Europas, 26.3.2020: [https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05\\_Newsletter/01\\_BBE\\_Newsletter/2020/3/2020-03-26-Beschluss\\_KOA\\_Konferenz\\_zur\\_Zukunft\\_Europas.pdf](https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2020/3/2020-03-26-Beschluss_KOA_Konferenz_zur_Zukunft_Europas.pdf)).

Die organisierte Zivilgesellschaft ist für die Resilienz der Demokratie unverzichtbar. Gerade deshalb wird ihr Handlungsspielraum in Staaten mit autoritären Tendenzen – auch innerhalb der Europäischen Union – stark eingeengt. Umso unverständlicher ist es vor diesem Hintergrund, wenn die im Exekutivsausschuss vertretenen Institutionen – sicherlich unbeabsichtigt – zu schrumpfenden Räumen für die Zivilgesellschaft beitragen.

Der Koordinierungsausschuss empfiehlt der Bundesregierung und den EU-Institutionen, die organisierte Zivilgesellschaft in die weiteren politischen Prozesse im Anschluss an die Konferenz besser und systematischer einzubeziehen und ihr Potential für die europäischen Werte und Ziele voll nutzbar zu machen.

Das BBE spricht sich in Analogie zum Dialog der Sozialpartner für einen zivilgesellschaftlichen Dialog auf europäischer Ebene aus. Organisationen wie Civil Society Europe und das beratende EU-Organ Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss können dabei tragende Rollen spielen. Auch die organisierte Zivilgesellschaft, die enorm wichtige Beiträge zum europäischen Sozialleben leistet, sollte fortan an den Frühjahrs- und Sozialgipfeln angemessen beteiligt werden.

Der Koordinierungsausschuss appelliert darüber hinaus an die Bundesregierung und die EU-Institutionen, sich dafür einzusetzen, dass die Empfehlungen der Konferenz transparent in ein effektives politisches Programm übersetzt werden, das zu verbindlichen Ergebnissen für die Zukunft Europas führt.